

Wilsdruffer Tageblatt

Sernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 25614

Erste Ausgabe mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Vorbestellung monatlich 4.50 M., nach unsere Kundenerträge in der Stadt monatlich 5 M., auf dem Lande 5.50 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 15.25 M. mit Zustellungsgebühr. Alle Bestellungen und Postbestellungen werden unter Vorbehalt und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Zwischenfälle behält der Verleger seinen Vorbehalt auf Lieferung der Zeitung oder Abgabe des Bezugspreises.



Interessentpreis 1 M. für die Sachverständigen Anzeigen über deren Namen, Namen, die 2pöilige Anzeigen 2.50 M. Die Wiederholung und Jahresauftrag entbehren der Preisnachlass. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2pöilige Anzeigen 5 M., Nachweilungsgebühren 50 Pf. Bezugsannahme bis vornehmlich 30 Uhr. Für die Abholung der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Abholungsanspruch erfolgt, wenn der Betrag durch Mäze eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Anspruch gerät.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästner, für den Inzeratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 209.

Mittwoch den 7. September 1921.

80. Jahrgang.

Ämtlicher Teil.

Montag den 12. September 1921 vormittags 9 Uhr

wird im Verhandlungslokal des amthauptmannschaftlichen Dienstgebäudes
öffentliche Sitzung des Bezirksausschusses
abgehalten werden.

Die Tagesordnung ist vom 6. September 1921 ab im Aushangkasten des amthauptmannschaftlichen Dienstgebäudes angeschlagen.

Meissen, am 5. September 1921. 369 I. B. Der Amtshauptmann.

Das im Grundbuche für Blantenstein Blatt 75 auf den Namen des am 27. Juli 1912 verstorbenen Schuhmachermeisters August Oswald Pinert eingetragene Grundstück soll zum Zwecke der Aufhebung der Erbengemeinschaft

am 24. Oktober 1921 vormittags 10 Uhr

in Blantenstein im Schlegel'schen Gasthause im Wege der Zwangsversteigerung

Das Grundstück ist nach dem Flurbuche 3,7 Ae groß und auf 20000 M. geschätzt.

es liegt in der Mitte des Dorfes Blantenstein und ist mit einem massiven Wohnhause und Schuppengebäude bebaut. Das Wohnhaus trägt die Nr. 13B der Ortsliste, besteht aus Erd- und Obergeschos und enthält zwei Wohnungen.

Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuchamts sowie der übrigen das Grundstück betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungen, ist jedem gestattet.

Rechte auf Befriedigung aus dem Grundstück sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 21. Juni 1921 verlaublichen Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls die Rechte bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Ansprüche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden würden.

Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder die einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeiführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöse an die Stelle des veräußerten Gegenstandes tritt.

Wilsdruff, den 5. September 1921.

5572

Sächsisches Amtsgericht.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Reichsregierung erläßt eine Rundgebung, in der Forderung für die Uniform der Wehrmacht des Reiches verlangt wird und alle Ausschreitungen in dieser Beziehung verurteilt werden.

* Reichskanzler Wirth hielt in einer Zentrumsversammlung zu Berlin eine Rede, in der er sich scharf gegen die Rechtsparteien wandte.

* Die preussischen Beamten erhalten die gleichen Teuerungszuschläge wie die Reichsbeamten.

* Der französische General Le Rond ist in Opatowitz eingetroffen und hat die Geschäfte der Interalliierten Kommission wieder übernommen.

* Bei politischen Zusammenstößen in Koburg wurde eine Anzahl von Personen zum Teil schwer verletzt.

* An der Montag in Genf eröffneten zweiten Tagung des Völkerverbundes nahmen 47 Staaten teil.

* Die irischen Führer haben das Angebot Englands abgelehnt und verlangen volle Unabhängigkeit ihres Landes.

* In Spanien soll angeblich wegen der Abneigung gegen den marokkanischen Krieg eine Revolution bevorstehen.

* Die persische Regierung hat den mit der britischen Finanzkommission geschlossenen Vertrag annulliert. Damit verschwindet der letzte Vertrag zwischen England und Persien. Die Mobilisation in Südpersien dauert an.

Wieder ein Krieg?

Das irische Parlament mit dem unaussprechlichen Namen, den man in der letzten Zeit einigemal in englischen Depeschen lesen konnte, ohne daß er deswegen schon Eingang in den allgemeinen europäischen Sprachgebrauch gefunden hätte, dieses irische Parlament in Dublin hat nunmehr die Friedensvorschläge Lloyd Georges abgelehnt, endgültig abgelehnt. Das ist gewiß nicht in irgendeiner Augenblickserregung, gewiß nicht unter dem Eindruck besonders scharfer Gegenäußerlichkeiten, auch nicht unter der Einwirkung unverantwortlicher Propaganda geschieden, sondern nach überaus langwierigen, sorgfältigen und, wie man gleichfalls annehmen muß, gewissenhaften Überlegungen ernster, pflichtbewusster, um das Wohl ihres Volkes im höchsten Grade besorgter Männer. Auf das berühmte letzte Wort der Londoner Regierung ist damit von der Sinnfälligkeit eine letzte Antwort erfolgt, und was nun kommen wird, dafür wird es vielleicht in aller Geschichte der Menschheit noch kein Beispiel gegeben haben. Denn Lloyd George hat selbstverständlich, während er mit De Valera und Genossen verhandelte, alle Vorschläge getroffen, um in dem entscheidenden Augenblick für alle Möglichkeiten gerüstet dazustehen. Sollte es jetzt zum Kampfe kommen, so werden die militärischen Machtmittel des Reiches sicher mit voller Kraft eingesetzt werden, um den von den verantwortlichen Ratgebern der Krone gedachten Willen seiner Majestät des Königs dem Widerstand des irischen Volkes gegenüber durchzusetzen. Man kann sich schon darauf verlassen, daß die Londoner Regierung diesen Krieg mit der gleichen Rücksichtslosigkeit führen wird, mit der sie allen Feinden des Reiches zu begegnen pflegt. Man kann sich aber ebenso darauf verlassen, daß das irische Parlament sich keinen Augenblick darüber im Zweifel war, was für Land und Volk der grünen Insel mit der Ablehnung der letzten Friedensvorschläge aus London auf dem Spiele stand.

Die Antwort aus Dublin geht von der Feststellung aus, daß das irische Volk keine freiwillige Union mit England anerkenne — wodurch die ganze schmachtvolle Vergangenheit des Landes mit einem Federstrich gelöscht wird — daß es vielmehr das fundamentale Recht für sich in Anspruch nehme, sein Schicksal in freier Wahl zu bestimmen und so keine nationale Bestimmung zu verwirklichen. Das Lloyd George vorschläge, habe lediglich den englischen Standpunkt zur Voraussetzung und werde deshalb unwiderruflich abgelehnt. Man wolle Irland nicht auf gleiche Stufe stellen mit den übrigen freien Nationen

des Britischen Reiches, es solle vielmehr auf dem untergeordneten Stand festgehalten werden, den es bis dahin eingenommen habe. Die britischen Dominiken seien alle gegen eine Herrschaft Englands gekämpft, nicht nur durch die Lage der Gesehgebung, die ihnen Gleichheit und Freiheit verbürge, sondern auch durch Tausende von Meilen, die sie von England trennen. Irland habe weder die einen noch die anderen Garantien. Zudem sei es jetzt in zwei künstliche Staaten geteilt, von denen jeder den Einfluß des anderen untergrabe, und beide der militärischen und wirtschaftlichen Kontrolle Englands unterworfen seien. Irland müsse darauf bestehen, die maßgebenden Tatsachen vom irischen Standpunkt aus betrachten zu dürfen. Allenfalls würde man einen neutralen unparteilichen Schiedsrichter annehmen. Widerstand solle nur geleistet werden, wenn England seinen Standpunkt mit Gewalt unterläßen wolle. Drohungen sollten indessen lieber unterlassen, dann könnten durch keine Bedingungen behinderte Bevollmächtigte zusammenzutreten, die sich zunächst über einen leitenden Grundsat für die Entscheidung zu einigen hätten. Als solchen schlagen die Iren vor: „Eine Regierung mit Einwilligung der Regierten“, eine Forderung, die die Engländer immer als eine ausgesprochen englische Auffassung geltend gemacht hätten. Sei man mit dieser Grundfrage einverstanden, dann würde Irland sofort Bevollmächtigte ernennen.

Irland hält also offensichtlich an dem Willen fest, mit England nur wie von Macht zu Macht zu verhandeln. In einer früheren Rundgebung aus Dublin war bereits von England als von einer „auswärtigen“ Macht die Rede, was Lloyd George zwar sehr verschämte, einen Abbruch der Verhandlungen aber trotzdem noch nicht herbeiführte. Wird er auch jetzt noch den Forderungen der Iren weite weite weite? Zunächst ist für Anfang dieser Woche auf einem Schloß in Schottland eine Vorkonferenz anberaumt worden, an der der Kommandant der englischen Truppen in Irland teilnehmen soll. Gleichzeitig beginnen die sozialen Schwierigkeiten im Königreich sich mehr und mehr zuzuspitzen; man muß bereits in einem Vorort von London 3. B. zur Verhaftung zahlreicher Mitglieder der städtischen Verwaltung schreiten, weil diese die Einziehung von Steuern unter dem Vorwand, die örtlichen Steuerzahler seien durch die Zahlung der Arbeitslosenunterstützung erschöpft, verweigert haben. Ein sorgloses Dasein ist also der britischen Regierung im Augenblick ganz und gar nicht beschieden. Aber der Freiheitskampf der Iren vertritt offensichtlich keinerlei Verschleppung mehr. Lloyd George wird sich entscheiden müssen, ob er es jetzt zum Äußersten kommen lassen will — und kann!

Scharfe Kanzlerworte.

Eine neue Rede gegen die „Reaktion“.

Von einem Berliner Mitarbeiter wird uns geschrieben: Als der Reichskanzler Dr. Wirth sein Amt antrat, betonte er besonders, daß nun genug Reden gehalten worden seien, und daß es jetzt darauf ankomme, zu Taten überzugehen. Trotz dieser Äußerung hat jedoch gerade der jetzige Kanzler seither eine überaus große Zahl von Reden und Ansprachen zur allgemeinen großen politischen Diskussion beigegeben, und man beobachtet bei ihm, daß er in steigendem Maße die ausgesprochen parteipolitische Färbung seiner Worte bevorzugt. Nun ist es zwar nichts neues, daß ein deutscher Reichskanzler in seinen Reden eine einzelne Partei sehr scharf ansieht, denn auch Bismarck ist seinerzeit mit der Fortschrittspartei Eugen Richters ebenso wenig zart umgegangen wie später Bismarck mit der Sozialdemokratie. Nach der Revolution sind es wieder die sozialdemokratischen Kanzler gewesen, die den bürgerlichen Parteien der Rechten oftmals den Fehdehandschuh hingeworfen haben. Ungeachtet ist es nur, daß Dr. Wirth als der Angehörige einer bürgerlichen Partei andere bürgerliche Parteien mit so heftigen Angriffen überschüttet, wie sie selbst durch den Umstand, daß wir jetzt keine Obrigkeitregierung mehr, sondern ein von der Volksvertretung

gestelltes Kabinett, also eine Partei- oder doch eine auf einige Parteien beschränkte Koalitionsregierung, haben, nicht immer ausreichend begründet erscheinen. Offenbar befindet sich Dr. Wirth, ein Mann von lebhaftem Temperament, infolge des schändlichen Mordes an Erzberger, noch so sehr in innerer Erregung, daß er den überparteilichen Standpunkt des Kanzleramtes zuweilen über den Anschauungen des Parteiamtes verliert und damit vielleicht die Rechte des Kanzleramtes ausbleibt. Gerade jetzt sind alle besonnenen Politiker darin einig, daß zwar mit kräftigen Maßnahmen die gefährdete Ordnung und Ruhe des Staates gesichert werden muß, daß aber im übrigen alles getan werden muß, um die inneren Gegensätze auszuweichen und nicht noch weiter zu verschärfen. Durch allzu heftige Worte von so hervorragender Stelle aus scheint aber dieses Ziel nicht nähergerückt zu werden. Gerade wenn man mit dem Kanzler wünscht, daß möglichst bald die Staatsautorität wieder in unantastbarer Festigkeit hergestellt wird, und wenn man anerkennt, daß mancher der Vorschläge und Meinungen des Kanzlers ihre volle Berechtigung haben, muß man sich fragen, ob es im Augenblick der politischen Zweckmäßigkeit entspricht, so starke Worte zu gebrauchen. Man muß auch, wie es der Kanzler seinerzeit selbst wünschte, im rechten Augenblick zu handeln und zu — schweigen wissen. Der Ton ist es, der die Musik macht — m.

Wir geben im folgenden die wichtigsten Stellen der neuen Rede wieder, die der Kanzler in einer Zentrumsversammlung in Berlin hielt:

Nachdem jetzt die Schüsse gegen Erzberger gefallen sind, darf das deutsche Volk nicht wieder ohne Führer bleiben. Wir wollen auf dem Wege sein. Wo immer die Reaktion ihr Haupt erhebt, wird das wertvolle Volk zur Stelle sein. Die Aufgabe der heutigen Regierung muß es sein, die Quellen der heftigen Reaktion zu verstopfen. Die Leute, die sich am 9. November in die Krawallfelder vertrieben hätten, mißbrauchen jetzt die gegen sie errungenen Freiheiten zu politischen Verunglimpfungen. Mit dieser „Herrschaft“ muß aufgeräumt werden. Die schlimmsten Heber in Bayern sind gar keine Bayern, sondern Hünchlinge der Reaktion, die da glauben, die Reaktion vom Norden nach Süddeutschland verpflanzen zu können. Manche Leute glauben, daß die Monarchie Aussicht hat, wieder ausgerichtet zu werden, wenn irgendein Prinz im Schwertschritt Paradenmarsch macht. Wer so agitiert, der traut unserm armen Volk das Regie: die Einheit des Vaterlandes und der Wirtschaft.

Ein neues Gesetz.

Der Kanzler kündigte dann die Absicht an, ein neues Gesetz zum Schutze der Ehre der Politiker einzubringen. Er sagte:

„Wir brauchen ein Gesetz — und ich will mich dafür einsetzen, daß es schnell kommt — das die Ehre unseres Mitbürgers, die im politischen Kampfe stehen, schützt, genau so wie das in England und anderen parlamentarisch regierten Ländern schon längst der Fall ist. Kommt ein solches Gesetz nicht zustande, so wird sich in Deutschland kein Mensch mehr finden, der unter solchen Verhältnissen politische Arbeit leistet.“

Dann verteidigte der Kanzler mit warmen Worten den Wiedereraufbau des Reiches. Er sprach von dem ungeheuren Einkommen im Stich gelassen und am Tage seines Eintrittes in die Regierung seine vielen gut bezahlten Aufsichtsratsposten niedergelegt habe, um dem deutschen Volk und der deutschen Republik zu dienen. Rathenau habe dem deutschen Volk schon mehr genützt als die ganze Stadion-Gesellschaft zusammen. Eine gleich niederträchtige Hebe sei auch gegen Erzberger getrieben worden, aber es sei nicht gelungen, in den schwebenden Steuerprozessen Erzberger Strafbares nachzuweisen. Der Kanzler meinte, es würde gut finden um unser deutsches Vaterland, wenn alle ihre Steuererklärungen so gewissenhaft abgegeben würden wie Erzberger. Der Reichskanzler richtete dann

scharfe Angriffe gegen das Großkapital. Dieses habe die Zahlungen der Goldmarken sehr erschwert, indem es die Ablieferung der Debiten immer wieder verzögerte. In den weiteren Ausführungen verteidigte dann der Redner sein Programm und betonte er werde keinen Außer-